

Wahlperiode 2022/2023

16.05.2022

**Antrag
des Mitglieds Till Petersen**

**Für die deutliche Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales,
Gesundheit und Kultur statt 100 Milliarden für Aufrüstung und militärischen
Machtwillen**

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

- Die Beauftragung des AStAs alle Aktivitäten zu unterstützen, die sich gegen die massive Aufrüstung und Militarisierung zu richten und sich für Investitionen in eine zivile, soziale und demokratische Entwicklung einzusetzen.
- Den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg aufzufordern, den Kurs der staatlichen Haushaltspolitik grundlegend zu ändern und die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Soziales, Gesundheit, Kultur und öffentliche Infrastruktur zu erhöhen.
- Den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg aufzufordern, sich im Bundesrat für eine Absage an das Sondervermögen und das 2%-Ziel stark zu machen.

Begründung:

Rüstungs- und Kriegspolitik waren immer und sind ein Antagonismus zur Kultivierung der Gesellschaft, zu sozialer und ziviler Entwicklung.

Bereits zweimal in der Geschichte hat deutsches militärisches Großmachtstreben die Welt in millionenfachen Tod, Not und Elend gestürzt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wollte die Regierung des deutschen Kaiserreichs den Rückstand gegenüber den anderen Kolonialmächten aufholen und einen „Platz an der Sonne“ ergattern, insbesondere durch die Eroberung von Land und Rohstoffen östlich der eigenen Grenzen. Daraufhin musste die Menschheit von 1914 bis 1918 ihren Ersten Weltkrieg erleben.

1939 versuchte das faschistische Deutschland erneut, militärisch eine Vormachtstellung in der Welt zu ergattern, insbesondere mit dem selbst ausgerufenen „Ostfeldzug“ als der „ungeheuerlichsten

Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“ (Ernst Nolte - sogar der!).

Lehren aus dieser Geschichte sind unter anderem „Nie wieder Krieg!“ und die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands. Die Demokratisierung von Wirtschaft und Politik sollte Grundlage der Wohlfahrt aller in Würde sein. Diese Ansprüche sind eingegangen in das Grundgesetz der BRD und die Verfassung der DDR.

Daher lehnt das Studierendenparlament 100 Milliarden Euro für ein „Sondervermögen Bundeswehr“ und die damit zur Debatte stehende Verankerung des NATO-2-Prozent-Ziels für Aufrüstung im Grundgesetz ab.

Den Krieg in der Ukraine werden diese Mittel und Waffen weder stoppen noch verkürzen. Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke verursacht und eskaliert sie weiter.

Auch ist die mit diesen Mitteln geplante Aufrüstung nicht auf die Landesverteidigung ausgerichtet – die unter anderem auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem die atomare Teilhabe verstetigen.

Das mit den Aufrüstungsplänen verbundene Streben nach auch militärischer Weltmacht (mit 2% BIP Rüstungsetat wäre Deutschland der Staat mit den viertgrößten Rüstungsausgaben) ist grundsätzlich verkehrt, vergeudet produktive Ressourcen in Destruktionskräfte und geht notwendig einher mit gesteigert unsozialer und autoritärer Politik im Inneren, mit Nationalismus und Chauvinismus. Aufrüstung und Krieg bedeuten empfindliche soziale Einschnitte für die große Mehrheit – weltweit und auch hierzulande. Die Folgen sind bereits jetzt Inflation und massiv steigende Preise. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter und Profiteure sind insbesondere die Rüstungskonzerne. Gegen Grenzen überschreitende Solidaritätsbewegungen wie ICAN, Black Lives Matter und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) werden wieder nationale Wir-Identitäten propagiert.

Dem gegenüber setzt das Studierendenparlament auf Internationalismus, Völkerverständigung und eine humanistische Kultivierung des Lebens aller.

Das Potential für zivile, demokratische und soziale Wohlfahrt für alle ist vorhanden! Eine gerechte Ressourcenverteilung würde die Hungerkrisen insbesondere im globalen Süden beenden; der Umstieg auf erneuerbare Energien für eine nachhaltige Klimawende ist technologisch möglich; kein Mensch muss vom Zugang zu Gesundheitsversorgung und von Persönlichkeitsentfaltung durch vernünftige Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung und Aneignung des kulturellen Erbes der Menschheit ausgeschlossen bleiben.

100 Milliarden Euro, das sind knapp 1500 € pro volljährigen Bundesbürger. Mit diesem Geld könnten einhunderttausend soziale Einrichtungen mit je einer Million Euro extra ausgestattet werden.

All dies erfordert globale Kooperation, demokratische Aushandlung und kluge Investitionen für die gemeinsame Lösung von Problemen.

Die Universität kann dazu beitragen und nimmt als Wissenschaftseinrichtung bereits jetzt Verantwortung wahr für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung – u.a. für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Abwendung des menschengemachten Klimawandels. Sie will und muss dies im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) weiter ausbauen.

Hamburg, den 16. Mai 2022
gez. Till Petersen